
**NIEDERSCHRIFT
über die 7. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
der Gemeinde Fränkisch-Crumbach (Wahlperiode 2016/2021)
am 17. Mai 2018**

Als stimmberechtigte Ausschussmitglieder waren anwesend:

SPD-Fraktion:	CDU-Fraktion:	FDP-Fraktion:
1. Andreas Engel	1. Michelle Marquardt	1. Joachim Eichner (Vors.)
2. Klaus Horlacher	2. Klaus Schürger (stv. Vors.)	
3. Sonny Wießmann	3. Walter Weidmann	

Somit waren 7 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Als nicht stimmberechtigter Gemeindevertreter waren anwesend:

- Peter Kaffenberger (CDU)
- Jochen Sauer (CDU)

Vom Gemeindevorstand waren anwesend:

- Bürgermeister Eric Engels
- Erste Beigeordnete Adelheid Knau

Die Sitzung begann um 20:00 Uhr und war um 22:13 Uhr beendet.

Der Haupt- und Finanzausschuss wurde durch Einladung des Vorsitzenden vom 07.05.2018 unter Mitteilung der Tagesordnung, der Stunde und des Ortes zu einer Sitzung einberufen. Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung wurden öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Die Verhandlung fand in öffentlicher Sitzung statt. Über die Beratung der Gegenstände der Tagesordnung wurde folgende Niederschrift gefertigt.

TOP 30 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.04.2018

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
Einstimmig	-	-

Damit ist die Niederschrift über die 6. Sitzung der Haupt- und Finanzausschusses vom 16.04.2018 genehmigt.

TOP 31 Teilnahme an der Kassenkreditentschuldung (Abteilung II) der „HESSENKASSE“; empfehlende Beschlussfassung zur Finanzierung künftiger Tilgungsverpflichtungen

Der HuF-Ausschuss hat am 16.04.18 einer Verpflichtungserklärung gegenüber dem Land Hessen und Ablösungsvereinbarung mit der WIBank empfehlend zugestimmt und die Frage der Finanzierung künftiger Tilgungsverpflichtungen vertagt. Dies war mit dem Auftrag an den GV verbunden, als Alternative den Umfang einer Reduktion der Personalkosten durch Einschränkung der Öffnungszeiten des Freibades darzulegen.

Die Fortschreibung der Mittelfristplanung von Zahlungsmittelfluss und Finanzbedarf für die Jahre 2019 bis 2021 (Drucks. HUF.2016.28.F) wurde aktualisiert.

- Statt einer angenommenen Tarifsteigerung von einmalig 3 % bei den Personalkosten wurde jetzt der tatsächliche Tarifabschluss TV-V vom 18.04.18 – vorbehaltlich etwaiger Änderungen innerhalb der Erklärungsfrist bis 15.06.18 – eingerechnet. Dieser gilt rückwirkend zum 01.03.18, woraus sich zugleich eine

überplanmäßige Aufwendung im Budget Personal für den laufenden Haushaltsvollzug i.S.d. § 100 HGO ergibt.

- Die Fortschreibung der Personalkosten für das Freibad ab dem laufenden Haushaltsjahr wurde an die gegenwärtige tatsächliche Stellenbesetzung angepasst. Sie enthält damit auch die bereits für den laufenden Haushaltsvollzug angekündigten Mehraufwendungen.

Hieraus ergibt sich eine absehbare Unterdeckung im Zahlungsmittelfluss. Um haushaltsrechtliche Vorgaben für einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erfüllen, sind nach Lage der Dinge Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung angezeigt. Dabei werden auf der Aufwandsseite Einsparungen z.B. im Produkt Freibad erörtert, die sich aus Sperrvermerken in Bezug auf die Besetzung von Planstellen und den Einsatz von Zeitarbeitsfirmen ergeben würden. Die Verwaltung hat dazu die gewünschten Zahlen geliefert. Wenn die Einrichtung in vollem Umfang der seitherigen Öffnungszeiten bereitgestellt würde, käme es bei einem regelkonformen Dienstplan zu einem Mehraufwand von rd. 45 T€ p.a. für den Einsatz einer Fremdfirma, solange von der Besetzung der Planstelle FB 3 abgesehen wird. Dieser Mehraufwand würde entfallen, wenn die Öffnungszeiten um einen Tag pro Woche verkürzt würden.

Von der Verwaltung wurden in der Sitzungsvorlage drei Varianten berechnet, wie der aufgrund der Vorgaben des § 3 Abs. 3 GemHVO erforderliche Finanzbedarf ab 2019 gedeckt werden kann. Variante 1 sieht die Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 500 % auf 610 % und bei der Gewerbesteuer von 375 % auf 395 % vor. Variante 2 würde die Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 500 % auf 645 % bedeuten. Variante 3 sieht die Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 500 % auf 595% und die Kürzung der Öffnungszeiten des Freibades vor.

Von der FDP-Fraktion liegt eine Anfrage vom 08.05.2018 vor, die die Stellen des Hilfspolizisten und der Jugendpflege thematisiert. Von der Verwaltung wurden daher die gewünschten Informationen zu den jeweiligen Personalkosten zur Verfügung gestellt. In der anschließenden Diskussion blieb offen, ob eine Einsparung in diesen Bereichen eine Mehrheit finden wird.

Von der CDU-Fraktion liegt ein Ergänzungsantrag vom 09.05.2018 vor, der als vierte Variante folgende Maßnahmen vorsieht: Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer von 375 % auf 395 %, Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 500 % auf 550 % und Kürzung der Öffnungszeiten des Freibades.

Die SPD-Fraktion schlägt im Laufe der Diskussion folgende Variante vor: Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer A von 350 % auf 450 %. Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 500 % auf 550 %, Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer von 375 % auf 395 %.

Der Vorsitzende lässt über alle – nunmehr 5 Varianten – abstimmen.

Variante 1: Mischfinanzierung aus der Erhöhung der Hebesätze für Gemeindesteuern

Steuerart	Hebesatz in % aktuell	Hebesatz in % ab 2019
Gewerbesteuer	375	395
Grundsteuer B	500	610

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
-	6	1

Diese Variante ist somit empfehlend abgelehnt.

Variante 2: Finanzierung über Erhöhung der Grundsteuer B

Steuerart	Hebesatz in % aktuell	Hebesatz in % ab 2019
Grundsteuer B	500	645

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
-	7	-

Diese Variante ist somit empfehlend abgelehnt.

Variante 3: geringere Erhöhung der Grundsteuer B bei Kürzung der Öffnungszeiten Freibad

Steuerart	Hebesatz in % aktuell	Hebesatz in % ab 2019
Grundsteuer B	500	595

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
1	6	-

Diese Variante ist somit empfehlend abgelehnt.

Variante 4: Mischfinanzierung aus der Erhöhung der Hebesätze für Gemeindesteuern und Kürzung der Öffnungszeiten Freibad (Antrag der CDU-Fraktion)

Steuerart	Hebesatz in % aktuell	Hebesatz in % ab 2019
Grundsteuer B	500	550
Gewerbesteuer	375	395

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
3	3	1

Diese Variante ist somit empfehlend abgelehnt.

Variante 5: Mischfinanzierung aus der Erhöhung der Hebesätze für Gemeindesteuern (Vorschlag der SPD-Fraktion im Verlauf der Sitzung)

Steuerart	Hebesatz in % aktuell	Hebesatz in % ab 2019
Grundsteuer A	350	450
Grundsteuer B	500	550
Gewerbesteuer	375	395

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
3	3	1

Diese Variante ist somit empfehlend abgelehnt.

Für die Sitzung der Gemeindevertretung am 25.05.2018 liegt somit keine empfehlende Beschlussfassung des Ausschusses vor. Da für die Varianten 1 und 2 keine Ja-Stimmen vorliegen, werden diese Varianten in der Sitzung der Gemeindevertretung nicht mehr aufgegriffen und nur die Varianten 3 bis 5 zur Abstimmung kommen (dann als Varianten 1 bis 3).

TOP 32

Verschiedenes

Der Vorsitzende Joachim Eichner bittet, die Vorsitzende des Sozial-, Kultur- und Sportausschusses Heike Breid zu informieren, dass noch vor den Sommerferien ein Termin für eine Sitzung des SKS-Ausschusses stattfinden möge, bei der das Thema Patenschaft für öffentliche Anlagen (GVG TOP 63 am 25.11.16) und die Auswertung der zu Beginn des Jahres an alle Hundehalter verschickten Fragebögen (GVG TOP 77 am 03.02.17) behandelt werden.

Fränkisch-Crumbach, den 18.05.2018

Der Vorsitzende:

Schriftführerin:

Eichner

Fuhrmann